

Zeugpreis 6.00 M den Monat.
Anzeigen: lokale 1.50 M, auswärt. 2.50 M
Reklamen: 5.00 M, 10.00 M
die Anzeigenzeile oder deren Raum,
einsh. Steuer und Feuerungsbeitrag.
Postfachkonto Nrn. 18672.

Die Atempause.

Reynes über das Londoner Abkommen.

John Maynard Keynes nimmt neuerdings das Londoner Abkommen unter seine scharfsichtigen Augen. In der Deutschen Wg. Ztg. entwickelt er seine Gedanken über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Man kann nicht sagen, daß er sie rosenfarbig sieht. Zwar hält er das Abkommen vom 12. Mai ds. Js. für besser als den Versailler Vertrag. Aber, sagt er, dieses Abkommen wird als vorläufige Maßnahme schon im nächsten Jahre eine Abänderung erfahren. Keynes schätzt die deutsche Ausfuhr im Jahre 1921 auf einen Wert von 6 Milliarden Goldmark. Auf dieser Grundlage berechnet, würden die 26 v. H. des Ausfuhrwertes 1 1/2 Milliarden Goldmark bringen, so daß die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands auf ein Jahr 3 1/2 Milliarden Goldmark insgesamt betragen würden. Ob Deutschland wirklich imstande sei, von diesen 6 Milliarden Außenhandels den Verbündeten 3 1/2 Milliarden zu zahlen, so daß für die gesamte deutsche Einfuhr nur 2 1/2 Milliarden, also weniger als die Hälfte von der Einfuhr bleiben, läßt Keynes einwärtigen unberücksichtigt. Dagegen spricht er den in der nächsten Zukunft fälligen Zahlungsdaten ungemein praktische Bedeutung zu.

Das Reparationsjahr laufe vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1922. Bis zum 30. August 1921 müßte Deutschland tausend Millionen Goldmark zahlen, am 15. November 1921 weitere 300 Millionen, am 15. Januar 1922 500 Millionen, am 15. Februar 300 Millionen und am 15. April weitere 500 Millionen, also insgesamt 2780 Millionen. Den Wert der Sachlieferungen und besonders der Kohlen, der Deutschland auf diese Zahlungen gutgeschrieben werde, schätzt er auf höchstens 1200 Millionen Goldmark. Und hier kommt Keynes zu der Leberzeugung, daß schon die Zahlung am 15. April 1922 größere Schwierigkeiten biete. Er ist sogar der Meinung, daß an einem bestimmten Zeitpunkt zwischen Februar und August Deutschland der unvermeidlich eintretenden Zahlungsunfähigkeit erliegt.

Auch die Verwendung des deutschen Eigentums in Amerika — dessen Wert annähernd zwei Milliarden Goldmark ausmacht — zu Reparationszwecken, hält er für nutzlos, denn weder könnte die deutsche Handelsbilanz die Zahlungen ermöglichen, noch könnte sie aus dem Staatshaushalt durch Steuereinkünfte gedeckt werden, noch aus den gegenwärtigen Einnahmen des deutschen Volkes. Nach einer für uns traurigen Berechnung des deutschen Einkommens auf den Kopf der Bevölkerung stellt Keynes die Frage: Wäre es nun den Polizeien und Steuerbeamten irgendeiner Regierung, die die Geschichte kennen, möglich gewesen, die Hälfte seines Einkommens aus einem Volke herauszupressen, das sich in einer solchen Lage befindet wie das deutsche? Und doch habe ich mich in der Schätzung der Werte ganz besonderer Mäßigkeit befleißigt, denn die gegenwärtigen Kosten für die Staatsverwaltung samt den Ausgaben für die Entschädigungsansprüche für 1922 ergeben für den Kopf der Bevölkerung 3200 Papiermark, während nach den letzten deutschen Statistiken das Einkommen des deutschen Volkes im Durchschnitt 4500 Mark beträgt. Und Keynes kommt zu dem resignierenden Ergebnis, daß nicht etwa nur die Hälfte, sondern gut zwei Drittel dieses Einkommens für die Entschädigungen beansprucht werden. Keynes schließt: Die erste Schlussfolgerung, die ich ziehe, ist also die, daß das neue Abkommen über die Entschädigungen zwar dem deutschen Volke eine Atempause bis 1922 gestattet, trotzdem bietet es ebenso wie seine Vorgänger keine Möglichkeit für eine dauernde Besserung.

Paris, 21. Aug. Der Temps wendet sich gegen den Auffass von Keynes mit folgenden Ausführungen: Wenn Deutschland außerstande ist, sich im Laufe des nächsten Jahres die Summen, deren es zur Ausführung des Londoner Abkommens bedarf, zu verschaffen, so sollten seine Schwierigkeiten die Verbündeten vor allem dazu bringen, die Sachlieferungen zu entwickeln. Da das Londoner Abkommen einen Artikel 10 enthält, der diesen Lieferungen hinderlich ist, müßte der Artikel 10 revidiert werden. Wenn tatsächlich Deutschland Gefahr läuft, vom Februar oder August 1922 an nicht mehr zahlen zu können, wäre es dann nicht gerade, den größten Teil des flüssigen Geldes, den es im laufenden Jahre bezieht, für gemeinsame Rechnung der Gläubiger zur Verfügung zu stellen? So hätte man eine Rücklage, die die Möglichkeit böle, eine internationale Kreditoperation zu versuchen, um Deutschland zu helfen, daß es die Zeit der Zahlungsunfähigkeit übersteht, die Keynes uns androht. Auf alle Fälle — und das ist nicht sein geringstes Verdienst — fände der Artikel von Keynes Beweisen, daß, sobald wie möglich die Abmachungen vom 12. August revidiert werden müssen. (Gemeint sind die Beschlüsse der Konferenz der Finanzminister des Verbandes.)

Frankreichs Isolierung.

Hervé über die Schuld der französischen Presse. WTB Paris, 20. Aug. Gustave Hervé schreibt in der Victoire, er lese in einem großen Teil der französischen Presse flammende Kommentare die letzte Oberschlesien-Rede Lloyd Georges. Nicht auf Lloyd George, sondern auf sich selbst müsse die französische Presse wütend sein, denn sie sei es, die der polnischen Sache in Oberschlesien einen schlechten Dienst erwiesen habe durch die ungeschickte Art und Weise, in der sie das Problem vor die öffentliche Meinung Europas gebracht habe. Was habe ein nur zu großer Teil der französischen Presse seit zwei Jahren erzählt? Oberschlesien müsse an Polen zurückfallen, weil dies das beste Mittel sei, Deutschland zu schwächen, indem man ihm ein Gruben- und Industriegebiet ersten Ranges wegnehme. Während der Friedensvertrag von Versailles gewollt habe, daß eine Volksabstimmung veranstaltet werde und in Oberschlesien in lokaler und impartialer Weise auf Deutschland und Polen das Nationalitätenprinzip angewandt werde, habe ein großer Teil der französischen Presse gewollt, daß man

den größten Teil Oberschlesiens Polen gäbe, um die Sicherheit Frankreichs zu gewährleisten.

Natürlich hätte Frankreich auch im Obersten Rat alle Verbündeten gegen sich gehabt, weil es von ihnen verlangt habe, daß der Geist des Versailler Vertrags, den Frankreich unterzeichnet habe, zum Nachteil Deutschlands, zugunsten Polens und zugunsten Frankreichs verlegt werde. Ein großer Teil der französischen Presse habe zwei verschiedene Fragen, die der Versailler Vertrag getrennt behandelt habe, zusammengesetzt: die Frage der Entwaffnung Deutschlands und die Frage der nichtdeutschen Nationalitäten, die ihre Trennung von Deutschland verlangten. Um Deutschland zu entwaffnen, habe der Versailler Vertrag die Beschränkung seiner Armee und seiner Bewaffnung und die Kontrolle der deutschen Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen, vorgehrieben; aber er habe Deutschland nicht dazu verpflichtet, die Industrie- und Grubengebiete zu verlieren, die es ihm einen Tages gestatten könnten, seine Kriegsindustrie wieder hochzubringen.

Wäre das der Fall, dann hätte man ihm zuerst das Ruhrgebiet wegnehmen müssen, das ein gutdeutsches Land sei. Kein vernünftiger Mensch würde aber gewagt haben, eine derartige Verfümmelung Deutschlands zu verlangen. In Oberschlesien handle es sich für die Verbündeten nicht mehr darum, Deutschland zu entwaffnen, sondern ihm das angeheben zu lassen, was sie als Gerechtigkeit betrachteten. Wenn die französische Presse und die französische Regierung sich nicht ausschließlich auf das Gebiet der Gerechtigkeit begäben, um die polnische Sache zu verteidigen, dann könne man ihnen schon heute sagen, was sie von dem Völkervertrag zu erwarten hätten.

WTB Paris, 21. Aug. Wie das Echo de Paris meldet, hat der Abgeordnete Ragne an den Ministerpräsidenten Briand einen Brief geschrieben, worin er angeht die polnische Sache die sofortige Einberufung der Kammer verlangt.

Die Antwort Jihls an Briand.

WTB Genf, 21. Aug. Das Antwortschreiben, das der Vorsitzende des Völkervertrages, Vicome Jihl am 19. August an den Ministerpräsidenten Briand richtete, lautet u. a.:

Obwohl es mir noch nicht möglich gewesen ist, meine Rollen vom Rat über die Frage zu betragen, so stehe ich bereit, die in dieser Entscheidung enthaltene Einladung anzunehmen, habe ich die letzte Überzeugung, daß sie sich im Einklang mit dem Wortlaut und dem Geist des Völkervertrages berechtigt erklären werden, diese Aufgabe zu übernehmen. Diese Überzeugung wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß der Oberste Rat seine Aufgabe nicht, alles zu tun, was in seiner Macht ist, damit in Oberschlesien keine Unruhe entsteht, welche die Beratungen des Völkervertrages hindert. Aus der Aufgabe, die der Oberste Rat in diesen Tagen vorgenommen hat, habe ich ersehen, daß diese Angelegenheit der Prüfung des Völkervertrages ohne Verzögerung und ohne die Gefahr einer Entscheidung über die Sache zu behandeln, wie er es für am wirksamsten halten wird. Ich bin sicher, daß während der Beratungen des Völkervertrages alle im Obersten Rat vertretenen Regierungen von jedem Akt Abstand nehmen werden, der diese Freiheit gefährdet, oder einer unparteilichen Prüfung dieser Angelegenheit durch den Völkervertrag Schaden brächte. Unter dieser Voraussetzung hoffe ich sehr, daß der Völkervertrag nicht nur die in der Entscheidung des Obersten Rates enthaltene Einladung annehmen wird, sondern, daß er auch in kurzer Zeit eine Empfehlung, die von allen Mitgliedern des Rates einstimmig angenommen worden ist, wird vorlegen können. Der letzte Akt der Entscheidung des Obersten Rates wird dem Völkervertrag, die Angelegenheit mit großer Eile zu behandeln. Ich habe infolgedessen den Völkervertrag zu einer außerordentlichen Sitzung am 29. August nach Genf berufen. Die Worte der Entscheidung sind nicht, daß meine Rollen vom Völkervertrag und ich selbst vom Obersten Rat ein Schriftstück bezüglich der Schwierigkeiten erheben werden, welche die Ziehung der Grenzlinien in Oberschlesien entstehen lassen. Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß wir nicht abwarten werden, dieses Schriftstück und gegebenenfalls eine abschließende Darlegung in einer möglichst kurzen Frist noch vor dem 29. August zu erhalten.

Wird Frankreich sich fügen?

P London, 21. Aug. Verschiedene Blätter beschäftigen sich mit der Frage, ob Frankreich auch einen für seine Politik ungünstigen Urteilspruch des Völkervertrages in der oberbeschlesischen Frage ruhig hinnehmen werde. Nach einer Meldung des Journal de Genève scheint dies zweifelhaft zu sein. Für den Fall, daß der Völkervertrag sich zur Annahme des englischen Standpunktes anschließt, wonach das Industriegebiet bei Deutschland bleibt, soll Frankreich einziehen sein. Dem Urteilspruch des Rates nicht anzuerkennen. Daily Telegraph hält es für möglich, daß der Konflikt zwischen Frankreich und England in diesem Falle zu einer Auflösung der Entente führen könne, wenn Frankreich sich seiner internationalen Autorität unterwerfen will. Auch das Ansehen des Völkervertrages, das durch die Überweisung der oberbeschlesischen Angelegenheit sehr gestiegen ist, würde durch einen derartigen Ausgang der Sache sehr geschwächt werden.

Keine Dauerkontrolle.

Paris, 21. Aug. Der Berliner Mitarbeiter des New York Herald teilt mit, die Meinung zur Entwaffnungsfrage in Kreisen der Verbündeten gehe dahin, daß die Kontrollkommission wahrscheinlich noch einige Monate in Deutschland bleiben werde, daß jedoch nicht, wie die Franzosen es fordernten, die Industrie ständig überwacht werden solle.

Die Zollgrenze — ein Verleger.

P Brüssel, 21. Aug. Der Standard schreibt, daß Frankreich von der jetzt ausgehenden Zollgrenze am Rhein außerst wenig Freude gehabt hat. Die Durchföhrung dieses Beschlusses geht und erwartet, daß sie ihren Handel mit dem Rheinland gewaltig empfinden könnten, während sie andererseits den deutschen Handel ausfallten. Dazu kamen noch die Hoffnungen auf die separatistische Bewegung, die man fördern zu können glaubte. Nichts ist davon in Erfüllung gegangen. Die Schuld führen die Blätter auf England zurück.

Für die Verringerung der Besatzungsarmee.

Paris, 21. Aug. Der sozialistische Abgeordnete und ehemalige Minister de Braudère sagte im „Peuple“ seine Ansichten über die militärische Besetzung der Rheinlande auseinander. Er kommt zu dem Ergebnis, daß eine erhebliche Verringerung der Besatzungsarmee die Lage wesentlich erleichtern würde, indem die Verhandlungen zwischen Truppen und der Bevölkerung unterbleiben und die von Deutschland zu tragenden Kosten erheblich geringer würden. Zwar seien die deutschen Klagen stark übertrieben, aber es genug hätten sie doch einen gewissen Grund.

Die Kosten der englischen Besetzung.

Paris, 21. Aug. Der Matin meldet aus London, daß die Kosten für die englischen Besetzungstruppen amtlich gegenwärtig mit 52 880 000 Pfund Sterling angegeben werden, das sind nach heutigem Kurs beinahe 16 1/2 Milliarden Papiermark.

Besuch italienischer Parlamentarier im Rheinland.

Rom, 21. Aug. Der politische Sekretär der italienischen Volkspartei Don Sturzo gedenkt mit dem Abgeordneten de Gasperi Anfang September nach Berlin zu fahren, wo er mit den von Stockholm kommenden Popolari, Abgeordneten Tonini und Cavazzoni zusammentreffen wird. Es wird auch ein Besuch der Rheinlande geplant.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 21. Aug. Im Verlauf direkter Verhandlungen zwischen den deutschen und den polnischen Parteien und Gewerkschaften sind in Oberschlesien zur Erreichung der in den beiden Aufrufen gestellten Forderungen zwei neutrale Ausschüsse zur Erledigung der dringendsten schwersten Fragen geschaffen worden. Die Arbeit der Ausschüsse soll zum Ausgleich der bestehenden wirtschaftspolitischen Gegensätze dienen und die gegenseitige Aussperrung und die Zurückführung der Vertriebenen erleichtern.

Polen für volle Ruhe.

Paris, 21. Aug. Nach einer Haspamedung aus Warschau veröffentlicht die polnische Regierung eine Erklärung, worin sie verspricht, alles zu tun, um die Vertagung der Entscheidung in der oberbeschlesischen Frage abzukürzen. Sie erklärte sich überzeugt von der Notwendigkeit, die volle Ruhe zu beobachten.

Verhandlungen des Reichsfinanzministers mit den Organisationen.

TU Berlin, 21. Aug. Wie uns amtlich mitgeteilt wird, hat der Reichsfinanzminister Vertreter der großen Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeitern zu den Verhandlungen über die Beschlüsse zur Aufbesserung der Bezüge auf Montag, 22. August, vormittags 10 Uhr eingeladen. Hoffentlich gelingt es, die jetzt beginnenden Verhandlungen mit größter Beschleunigung zu einem Ergebnis zu führen.

Cohn- und Streikbewegungen.

Der Konflikt in der Kreuznacher Metallindustrie ist Ost und Scherer erstigelt. Die ausländischen Arbeiter haben ihre Arbeitsstätte verlassen, worauf die Metallgruppe des Kreuznacher Arbeitgeberverbandes die Aussperrung in den anderen Betrieben aufhob. — Aus Dortmund wird gemeldet, daß der Arbeitgeberverband für die Metallindustrie die Lohnforderungen der Gewerkschaften abgelehnt hat. Falls die Arbeitgeber auf ihrem absehbaren Standpunkt beharren, ist ein allgemeiner Streik in der Metallindustrie zu erwarten. — Mit einem Streik für den 22. August drohen auch die Eisenbahner in Polen, falls ihre Forderungen nicht bewilligt werden. — Im Dombrowaer Hüttenrevier hält der Konflikt der Grubenarbeiter schon in der dritten Woche an.

In den Mannheimer Mählen sind sämtliche Arbeiter in den Streik getreten, nachdem ihnen erst am Freitag eine Lohnzulage von 125 Mk. für männliche und 75 Mk. für weibliche Arbeiter pro Stunde zugesprochen worden war. — Nach ergebnislosen Verhandlungen zwischen den städtischen Arbeitern und der Stadt Oldenburg wurde von den Arbeitern der sofortige Eintritt in den Streik beschlossen. Zur Aufrechterhaltung der Betriebe der Licht- und Wasserwerke hat der Bürgermeister die Einsetzung der technischen Röhre verfügt. — In mehrstündigen lebhaften Verhandlungen zwischen der Firma Bilsberg u. Sohn und Vertretern der Arbeiterschaft gelang es nicht, eine Einigung herbeizuführen. Die Verhandlungen sollen indes fortgesetzt werden.

Die Berlin-Burger Eisenwerke in Burg bei Magdeburg haben wegen zu hoher Lohnforderungen der Metallarbeiter ihren Betrieb geschlossen. — Die Urabstimmung der Metallarbeiter in Halle ergab 5 867 Stimmen für den Streik und 468 dagegen. Es wurde beschlossen, sofort in den Streik zu treten. — Die Verwaltung des Königswertes in Rastatt, das wegen wilden Streiks stillgelegt worden war, hat die ganze Besatzung stilllos entlassen. Die technische Röhre brachte das Werk wieder in Gang. — Aus Bremen wird gemeldet: Die Betriebsleitung und der Arbeitsausschuss der Hansa-Werke geben bekannt, daß die Arbeit auf den Werken heute nachmittags in vollem Umfang wieder aufgenommen worden ist.

Handelsvertrag zwischen Amerika und Deutschland.

Die Meldungen des Daily Telegraph von dem Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Amerika und Deutschland kommt einigermaßen überraschend. So erfreulich der Ausblick ist, der sich damit für die beiderseitigen Handelsbeziehungen eröffnet, so bedenklich muß es doch stimmen, daß man immer noch nicht zu einem Friedensvertrag kommen zu können scheint, da man sonst nicht zu dem Verlegenheitsmittel eines Handelsvertrages gegriffen haben würde.

Doch ein Sonderfriede?

TU Berlin, 21. Aug. Entgegen den verbreiteten Meldungen, daß die Besprechungen in Berlin den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Amerika herbeiführen sollen, erklärt die Allgemeine Zeitung, daß derselben ein Sonderfriede vorausgehen soll, dessen Unterzeichnung in den nächsten Wochen stattfinden.

Wenn ein Jivillit mit dem Säbel rasst.

TU London, 20. Aug. Nach einer Meldung von Daily News hat Lloyd Georges letzte Rede die Lage in Irland verschärft. Gemäß sei es gut und notwendig gewesen, zu betonen, daß England mit seinem Angebot bis an die äußerste Grenze gegangen sei. Lloyd George habe aber den Fehler begangen, seine Bedingungen mit Drohungen zu verknüpfen und in einem so kritischen Augenblick mit dem Säbel zu raseln. Er habe das mit solcher Energie getan, daß die Folgen vielleicht verhängnisvoll sein könnten.

WTB Paris 21. Aug. Das Echo de Paris meldet aus London, das Gerücht nehme immer greifbarere Gestalt an, daß die britische Regierung wegen der irischen Frage, wie auch immer die Verhandlungen darüber ausgehen würden, an das Band appellieren, und zu neuwahlen streiten würde.

Die Hilfe für Rußland.

DZB Amsterdam, 21. Aug. Der Internationale Gewerkschaftsbund erläßt einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, in dem sämtliche Mitglieder der angeschlossenen Verbände dazu aufgefordert werden, durch Beiträge fröhlich an dem Hilfswerk für die leidenden russischen Mitbrüder mitzuhelfen.

DZB Paris, 21. Aug. Nach einer Haspamedung berichten in onstantinopel eingetroffene Flüchtlinge aus Odesa, wie die Agentur Ruß Union meldet, schreckliche Einzelheiten über die Lage in der Stadt. Seit Wochen verteilt die Sowjetregierung keine Lebensmittel mehr; häufige febrile mar Leute auf den Straßen Odesas vor Hunger sterben.

DZB Paris, 21. Aug. Laut einer von Haspawien dargegebenen Meldung der Agentur Ruß Union sind nach einer bolschewistischen Veröffentlichung vom 20. Juli bis 2. August über 22 000 Chelerafälle in Rußland festgestellt worden.

Gorki über Rußlands Zukunft.

In der Pariser Humanität schildert Andrej Mriczet, französischer Delegierter beim Kongreß der dritten Internationalen, seine Begegnung mit Gorki, den er auf seiner Rußlandreise in Petersburg aufgefunden und gesprochen hatte. Er erzählt, daß Gorki auf die Frage nach seiner Ansicht von der Zukunft der Räterepublik folgendes als seine ganz persönliche Meinung geäußert habe: Rußlands Zukunft ist zweifellos auf das engste mit dem Sowjetregime verbunden. Kein anderes ist denkbar. Es entspricht dem demokratischen Empfinden der Russen. Es verübt unseren hundert Millionen Bauern den Besitz des Bodens. Jeder Versuch, das Regime zu stürzen, wird die Bauern mit aller Entschiedenheit gegen sich aufstellen sehen, was das seit drei Jahren bei jeder äußeren Gefahr ja auch geschehen ist.

Aber wie wird sich dieses Sowjetregime gestalten? Heute sind es die Arbeiter, die in ihm die Führung haben, aber sie bilden nur eine verschwindend kleine Minderheit. Die ungeheuren Bauernmassen werden zuletzt das ganze System beherrschen. Was wird dann aus der Industrie werden? Der Bauer hegt kein Interesse für sie; ihm genügt es, wenn er im Boden den fertigen Gebrauchsgegenstand findet, dessen er bedarf. Was wird aus den großen städtischen Zentren werden? Und was aus der russischen Kultur? Wir gehen einer großen Bauerndemokratie entgegen. Wie sie sich einrichten und weiterentwickeln wird, bleibt unerforschliches Geheimnis der Zukunft. Jedenfalls ist die Hera der inneren Schwierigkeiten in ihrer Dauer keineswegs abzusehen, und neue Risiken werden vielleicht noch zu den bereits vorhandenen hinzutreten, um so die Tragheit des russischen Schicksals zu vollenden.

Und doch müssen wir Vertrauen haben. Was auch immer geschehen wird: wir haben der Welt ein großes Beispiel gegeben.

„Peter der Große“.

WTB Graz, 21. Aug. Die Tagespost meldet aus Belgrad: In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wählte der Präsident dem verstorbenen König Peter einen Nachruf und gab die Thronbesteigung König Alexanders bekannt, der erst nach seiner Rückkehr aus Paris den Eid auf die Verfassung ablegen werde. Sodann wurde einstimmig beschlossen, dem verstorbenen König amtlich den Titel Peter der Große, Befreier der Serben, Kroaten und Slowenen, zu verleihen.

Graf Okuma über Washington.

DZB London, 19. Aug. Aus Tokio wird gemeldet, der frühere Außenminister Okuma erklärte, die japanische Delegation auf der Washingtoner Konferenz müßte sich jedem Versuch widersetzen, sich den in Versailles gefassten Beschlüssen bezüglich der Insel Jap und der halbinselischen Schantung anzupassen. Jedenfalls werde die besondere Stellung Japans in Sibirien, wo es 440 Millionen Yen angelegt habe, anerkannt werden müssen.

Letzte Depeschen.

Mitteldeutscher Handwerkeritag.

DZB Magdeburg, 21. Aug. Am reich dekorierten, mit Fahnen geschmückten Waggebirg begann heute unter überaus reger Teilnahme der ganzen Bevölkerung der zweite mitteldeutsche Handwerkeritag. Heute früh legten die Handwerker am Grabmal des Erzbischofs Ernst von Sachsen zu Ehren des großen Nürnberger Meisters, Peter Wilscher, des Schöpfers des Denkmals, einen Kranz nieder. Bei der Festigung im überfüllten Jirtusale sprachen die Führer der mitteldeutschen Handwerkervereinigungen über die Notwendigkeit des Zusammenstufes des deutschen Handwerks. Der Festzug der schönsten, den Magdeburg seit Jahrzehnten gesehen hat, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung des deutschen Handwerks. Hunderttausende von Menschen hielten die Hauptstraßen besetzt. An dem Festzuge nahmen etwa 20 000 Menschen aus ganz Deutschland teil. Die Annahmen, die teilweise in allerhöchster Tracht erschienen waren, hatten 50 Wagen gestellt.

Polens Konflikt mit dem heiligen Stuhl.

WTB Paris, 21. Aug. Haspawien meldet aus Warschau, daß der ministerielle Sonderausschuß den Entwurf eines Konfords zwischen Polen und dem heiligen Stuhl angenommen hat.

London, 21. Aug. G. Davies, der finanzwissenschaftliche Mitarbeiter des New Statesman, stellt fest, daß die wirtschaftliche Blüte Deutschlands, von der in englischen Zeitungen so viel die Rede ist, nur eine Scheinblüte ist, und er versichert, daß Deutschland, wenn die Entschädigungszahlungen in der bisherigen Weise fortgesetzt werden müßten, mit Riesenschritten dem Bankrott entgegenliege. Deutschland lebe auf Kredit und von den Ausverkauf seiner Industrie an ausländische Käufer. Die Preise der Lebensmittel stiegen von Tag zu Tag, und zahlreiche Ausstände seien trübe Begleiterscheinungen der allgemeinen Verarmung. Der rasche Niedergang der Welt mache nicht nur ausländische, sondern auch inländische Geschäfte immer schwieriger. Man lebe tatsächlich von der Hand in den Mund.

Paris, 21. Aug. Dem New York Herald wird aus Washington mitgeteilt, daß die Anregung eines englisch-amerikanischen Bündnisses durch Lloyd George in amtlichen Kreisen eine unangünstige Aufnahme gefunden habe.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Inkrafttreten des neuen Steuerabzuges.

Wie das Landesfinanzamt Köln amtlich mitteilt, hat die Rheinlandkommission das Gesetz vom 11. Juli 1921 über die Einkommensteuer von Arbeitelohn für das besetzte Gebiet zugelassen. Die abgeänderten Bestimmungen über den Lohnabzug traten somit auch im besetzten Gebiet ab 1. August in Kraft.

Das Abänderungsgesetz zur Angehörigenversicherung vom 28. Juli 1921 bringt den Empfängern von Ruhegeld, Witwen- und Waisenrenten mit Wirkung vom 1. Januar 1921 Beihilfen in Höhe von monatlich 70 Mark, 55 Mark und 30 Mark, soweit ihnen nicht eine Beihilfe aus der Invalidenversicherung nach dem Gesetz vom 28. Dez. 1920 zusteht. Die Beihilfen werden von Amts wegen ohne Antrag, gezahlt. Vom 1. August 1921 an befristet sich ferner die Versicherungsgrenze auf 30 000 Mark. Für Berufstätige mit mehr als 5000 Mark Jahresverdienst sind drei neue Beitragsklassen gebildet worden: Klasse I bis 10 000 Mark mit einem monatlichen Beitrag von 33,20 Mark, II bis 15 000 Mark mit 40 Mark, III bis 30 000 Mark mit 48 Mark. Eine Befreiung von der eigenen Beitragsleistung auf Grund einer Lebensversicherung sieht das Gesetz nicht vor, dagegen eintägige Uebergangsbestimmungen, z. B. Abkürzung der Wartezeit, Herabsetzung der Wartezeit bei den Hinterbliebenenrenten, Befreiung von der Versicherungspflicht bei vollendetem 55. Lebensjahre und Beitragsersatzung beim Tode des Versicherten.

Für die Kriegsdienstzeiten hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bisher etwa 127 000 Versicherten rund 52 Millionen Mark gutgeschrieben, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchten. Auf einen Angestellten entfallen durchschnittlich etwa 409 Mark.

Ermäßigung des Steuerabzuges von Arbeitelohnen für mittellose Angehörige.

Nach § 47 des Einkommensteuergesetzes ist die vorgegebene Ermäßigung auch für mittellose Angehörige zu gewähren, die von dem Steuerpflichtigen unterhalten werden. Ueber den Antrag entscheidet das Finanzamt. Die Ermäßigung beträgt:

- im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden 0,15 M. für je zwei angefangene oder volle Stunden,
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen 0,80 M. wöchentlich,
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Wochen 3,60 M. wöchentlich,
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes nach Monaten 15 M. monatlich

und wird von dem zehnprozentigen Lohnabzug in Abzug gebracht. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen Lohnsteuergesetzes ist vom Reichsminister der Finanzen der 1. Januar 1922 in Aussicht genommen. Zur Vermeidung von erheblichen Veranlagungen und um den Grundgedanken des Gesetzes nach möglichster Vereinfachung schon für das laufende Rechnungsjahr gerecht zu werden, hat sich der Reichsminister der Finanzen damit einverstanden erklärt, daß die Finanzämter auf begründeten Antrag hin Befreiungen des Lohnes ausstellen, daß die vorerwähnten Ermäßigungen auch für mittellose Angehörige, deren Anrecht in der Befreiung angegeben ist, gelten.

Gegen die neue Tabaksteuer.

Am 1. Oktober d. J. soll, wie bereits kurz mitgeteilt, für Zigaretten, auch für Zigarren die bisher gewährte Ermäßigung der Bändersteuer zu einem wesentlichen Teil aufgehoben werden. Der neue Gesetzesentwurf sieht die Herabsetzung der mit dem 1. April 1920 gewährten Ermäßigung auf 50 v. H. vor, so daß vom 1. Oktober ab die halbe, vom 1. Januar 1922 ab jedoch sogar die volle Bändersteuer in Kraft treten soll. Damals war eine Ermäßigung von zunächst 75 v. H., vom 1. April 1921 von nur noch 65 v. H. gewährt worden.

Der Protest der Tabakindustrie wendet sich besonders gegen die Voranschläge der Regierung, die Methode dieser Berechnung. Für jeden Sachverständigen ist es geradezu schleierhaft, wie aus einer enormen steuerlichen Verleumdung die Logik gezogen werden kann, so heißt es in der Denkschrift des deutschen Tabakvereins, daß der Durchschnitt der Kleinverkaufspreise sich in Zukunft nach unten verschiebt. Die Berechnungen der Regierung werden als „wöllig verfehlt“ und „irreführend“ bezeichnet. Die Zigarettenindustrie, die vor dem Kriege 146 000 Arbeiter beschäftigte, sei schon jetzt unter ganz erheblicher Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit: Am 1. April 1921 waren schon 11 v. H. arbeitslos, am 30. Juni d. J. sogar schon 28 v. H.

Eine wichtige Entscheidung des Reichsfinanzhofes.

Eine Baugenossenschaft, o. G. m. b. H., kann nicht als gemeinnützig oder wohltätig im Sinne des Umsatzsteuergesetzes anerkannt und daher nicht von der Umsatzsteuer befreit werden. Eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, deren Geschäftsbetrieb nach den Satzungen und in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist und die bezweckt, minderbemittelten Familien gesunde und zweckmäßige Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen, kann nicht als gemeinnützig im Sinne des Umsatzsteuergesetzes anerkannt werden, da das Unternehmen der Allgemeinheit nicht unmittelbar dienlich ist und nicht lediglich deren Nutzen bezweckt. Die Bestimmungen der Genossenschaft kommen vielmehr nur dem beschränkten Kreise ihrer Mitglieder zugute. Der der Allgemeinheit zufließende mittelbare Nutzen aus der Genossenschaftstätigkeit (Milderung der allgemein herrschenden Wohnungsnot) reicht zur Anerkennung der Gemeinnützigkeit nicht aus, da diese nur vorliegt, wenn die unmittelbaren Zwecke des Unternehmens gemeinnützig sind. Auch als wohltätig kann das Unternehmen dann nicht gelten, wenn die Tätigkeit von der Genossenschaft keine eigenen Opfer fordert, sondern entsprechende Verluste durch Zuschüsse des Reichs, des Landes, der Gemeinde und der Arbeitgeber gedeckt werden und die Genossenschaft selbst seltener einen Nettogewinn und die Verteilung einer Dividende erzielt. Die Wohltätigkeit ist aber weiter auch deswegen zu verneinen, weil die Leistungsempfänger durch Bewährung der Wohnung nicht von einer wirtschaftlichen Notlage befreit werden. Die Tätigkeit dient vielmehr nur der Wohlfahrtspflege, die der Wohltätigkeit nicht gleichzustellen ist.

Die Bekämpfung des Baumwerbes zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

Am Ende des Jahres 1919 bis Ende 1920 sind allein aus Reichsmitteln nicht weniger als 1,6 Milliarden Mark zur Unterstützung des allgemeinen Wohnungsbauens und 300 Millionen zur Förderung der Errichtung von Bergmannswohnungen aufgewendet worden. Zusammen mit den Zuschüssen, welche die Länder und Gemeinden für den Wohnungsbau aufgewendet haben, und mit dem Ertrage der Kohlenabgabe die für den Bau von Bergmannswohnungen herangezogen worden ist, sind bis zum Ende des Etatsjahres 1920 mehr als 4,1 Milliarden Mark öffentliche

Mittel für den Wohnungsbau aufgewendet. Der Betrag der im Haushaltsjahr 1921 dem Wohnungsbau dienenden Mittel ist nur ein wenig geringer. Es werden je an derhandelt Milliarden für allgemeine Wohnungsbauarbeiten und für Bergmannswohnungen und daneben weitere 700 Millionen Mark aus der Kohlenabgabe Verwendung finden, so daß also 3,7 Milliarden für den Wohnungsbau bereitstehen. Tatsächlich hat seit diesem Frühjahr die Bautätigkeit lebhaft eingesetzt. Ueber den Umfang der augenblicklichen Bautätigkeit liegen Zahlen nicht vor. Es muß jedoch aus dem ziemlich ungenügenden Absatz an Zementprodukten geschlossen werden, daß die Bautätigkeit den gehegten Erwartungen nicht entspricht. Dies trifft besonders für die größeren Städte zu. Es hat den Anschein, als ob der schleppende Gang des Zuschußverfahrens teilweise hieran Schuld ist. Es wird behauptet, daß Bauaufträge viele Monate auf Erledigung ihrer Anträge zu warten haben. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaften gab es in Deutschland an Bauarbeitern im Jahre 1920 etwa 1 070 000. Von diesen waren gewerkschaftlich organisiert im Bauarbeiterverband etwa 490 000. Von diesen waren Ende April arbeitslos etwa 7,7 %. Ueber die nichtorganisierten Arbeiter liegen Zahlen nicht vor, doch wird dort ein niedrigerer Prozentsatz als bei den Organisierten vermutet, da es sich größtenteils um ländliche Bauarbeiter handeln dürfte.

Kein Schadenersatz für die Sanktionsgebühren.

In Uebereinstimmung mit allen Interessentenvereinigungen des Handels und der Industrie, insbesondere auch des besetzten Gebietes und in Uebereinstimmung mit dem Reichswirtschaftsrat hat die Reichsregierung bisher an dem Standpunkte festgehalten, für die durch die Sanktionen entstandenen Schädigungen den Betroffenen aus der Reichskasse keinen Ersatz zu gewähren. Die Regierung wird hieran auch weiter festhalten, da nichts gesehen ist, was als eine mittelbare Einwirkung auf die Rechtslosigkeit der Sanktionen angesehen werden könne.

Die für die Breslauer Messe bestimmten Waren zollfrei.

Der Zollauschuß der Rheinlandkommission hat folgende Verordnung vom 19. August an das Zollpersonal gerichtet: Waren, die zur Ausstellung auf der vom 4. bis 8. September 1921 in Breslau stattfindenden Herbstmesse bestimmt sind, können ohne vorherige Genehmigung von den Abgaben für die Ein- und Ausfuhr über die neue Zolllinie sowie über die äußere Grenze des besetzten Gebietes befreit werden unter der Bedingung, daß sie als solche in den Begleitpapieren bezeichnet sind, auf einem Breslauer Zollamt abgefertigt werden und während des Bestehens im nichtbesetzten Deutschland unter Zollfreiheit bleiben. Die Beibringung einer Erlaubnis (Eigens) ist nicht erforderlich. Es ist eine Sicherheitsleistung oder eine persönliche Verbürgung zu fordern. Die Frist für die Rückfuhr der Waren wird auf vier Wochen nach Schluß der Messe festgesetzt.

Zur Frankierung der Postsendungen nach dem Saargebiet.

Die Handelskammer zu Saarbrücken teilt mit: Es wurde in letzter Zeit vielfach die Beobachtung gemacht, daß Postsendungen aus dem Reich nach dem Saargebiet von Abnehmern mit dem für das Ausland geltenden Postlohn freigegeben wurden. Für den Abnehmer bedeutete das eine ganz unnötige Mehrausgabe, da sämtliche Postsendungen nach dem Saargebiet ebenso wie in umgekehrter Richtung nach dem Inlandtarif zu behandeln sind. Ein einfacher Brief nach dem Saargebiet kostet also 80 Pfg. eine Karte 40 Pfg., eine Drucksache 15 Pfg. usw. Es liegt im eigenen Interesse des Absenders, sich durch richtige Frankierung Mehrkosten zu ersparen. Im übrigen möchten wir nicht verfehlen, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Postgebühren im Saargebiet in Franken entrichtet werden müssen, daß also bei Anfragen nach dem Saargebiet unter Befügung von Rückporto zu beachten ist, daß die Antwort aus dem Saargebiet mit 20 Centimes gleich etwa 1,20 M., bei dem jetzigen Kursstand frankiert werden muß. Es wird gebeten, bei der Befügung von Rückporto diesem Umstand jeweils Rechnung tragen zu wollen.

Deutsch-belgisches Schiffsabkommen.

Ueber das Schicksal der deutschen Schiffe, die Ende 1918 beim Verlassen des Antwerpener Hafens von den holländischen Behörden angehalten wurden, wird berichtet, daß nunmehr zwischen Deutschland und Belgien ein Uebereinkommen zustande gekommen sei, das über die Zuweisung dieser 20 Schiffe, auf die Belgien Anspruch erhoben hatte, entscheidet. Das Abkommen, das am 8. August datiert ist, bestimmt, daß die Dampfer Gneisenau, Feronia und Lesbos an Belgien überwiesen werden, während die übrigen Schiffe an Deutschland zurückgegeben werden. Die Zustimmung der holländischen Regierung ist bisher noch nicht erfolgt.

Erneute Güterperre.

Die Eisenbahndirektion Köln teilt mit: Infolge der Freigabe des Verbandes von Frachttüdgut für die Woche vom 8. bis 13. August ist eine gänzliche Ueberfüllung der Güterzüge eingetreten. Es ist deshalb die vorübergehende Sperre von Frachttüdgütern, die in Kalt-Wald und Köln-Gereon ungeladen werden müssen, sofort erforderlich. Man hofft, die Sperre in einigen Tagen wieder aufheben zu können.

Brotpreise und Löhne.

Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft hat über die neuen Lohnforderungen verhandelt und dabei folgende Entscheidung angenommen: Nachdem die in den Verhandlungen vom 1. April erwähnte Erhöhung des Brotpreises eingetreten ist, empfiehlt der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft gemäß dem damaligen Beschlusse, in Verhandlungen der Tarifparteien dieser Tatsache und den sich daraus ergebenden Folgen Rechnung zu tragen, soweit das noch nicht geschehen oder ausdrücklich vereinbart ist. Die Gewerkschaftsvertreter hatten einen Antrag eingebracht, der die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung anerkennt und daraus die Notwendigkeit sofortiger drücklicher Erhöhungen, unbeschadet etwa noch laufender Tarifverträge folgern wollte. Die Arbeitgeber dagegen erklärten, bisher nur die Tatsache der Brotverteilung in Rechnung stellen zu können und an der Gültigkeit der noch laufenden Tarifverträge festhalten zu müssen. Die obige Entscheidung stellt eine Art Mittellinie dar und dürfte voraussichtlich zunächst einmal die Wirkung haben, daß drückliche, nicht zentrale Verhandlungen stattfinden.

Sicherung des Achtstundentages.

Der Achtstundentag muß eingehalten werden. Der Unternehmer ist verpflichtet, auch seine Arbeiter dazu anzuhalten. Das bayerische Oberlandesgericht hat entschieden: Der Arbeitgeber ist selbst dann strafbar, wenn er die acht Stunden überschreitende Arbeit des Arbeitnehmers, zu der sich dieser freiwillig erboten oder herbeiließ, in seinen gewerblichen Betrieben ausüben läßt. Es ist belanglos, daß die Arbeiter einerseits zu einem regelmäßigen Fortgang des Betriebes unbedingt notwendig waren, andererseits nur außerhalb des regelmäßigen Betriebes ausgeführt werden konnten, es sei denn, daß eine längere Beschäftigung des Arbeiters von zuständiger Stelle genehmigt

war. Es ist also verboten, einen Arbeiter länger als acht Stunden zu beschäftigen, ohne daß besondere Genehmigung dazu eingeholt ist. Durch ein Rundschreiben des Reichsarbeitsministeriums wird die selbständige Anordnung von Ueberstunden durch den Betriebsleiter nur in außerordentlichen Fällen für zulässig erklärt, in denen die Notwendigkeit unzerstörlicher Vornahme von Ueberstundenarbeit unerwartet eintritt.

Fort mit dem Trintgeld!

Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafégewerkschaften, Bezirksleitung Köln, bittet uns um Aufnahme folgender Notiz: Es ist kollegiale Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, die Gastwirtschaften in ihrem Kampfe um eine ausreichende feste Entlohnung zu unterstützen. Das Unternehmertum sucht sich teilweise seiner Pflicht zur Lohnzahlung dadurch zu entziehen, daß es dem Belegschaftspersonal die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Trintgeldes offen läßt, um dadurch sein Interesse an ausreichender fester Entlohnung zu mindern. Bei diesem Verfahren, das jedem kaufmännischen Gebaren widerpricht, ist insbesondere das minderbemittelte Publikum der Leidtragende. Wehrt Euch gegen das Trintgeldsystem und helft, die Gastwirtschaften als Kämpfer um faire Entlohnung in unsere Reihen einzugliedern, indem Ihr allerorts die Befreiung der Trintgeldentlohnung mit erreichen helft und überall da, wo durch Tarife das Trintgeld abgeschafft ist, solches nicht mehr gebt.

160 Millionen neues Kleingeld.

Zur weiteren Schaffung kleiner Münzen fordert die Regierung vom Reichsrat die weitere Prägung von 160 Millionen Mark in kleiner Münze. Es sollen geprägt werden: 100 Millionen Mark Fünzigpfennig, 40 Millionen Mark Zwanzigpfennig, 20 Millionen Mark Zehnpfennigstücke. Auch die Prägung von Einmarkstücken wird noch immer erwogen, bisher ist aber noch keine Entscheidung gefallen.

Rußische Bestellungen nach Deutschland.

Professor Lomonosow, der Vorsitzende der russischen Eisenbahnkommission, sagte über die bisher getätigten Bestellungen im Ausland, es seien in Deutschland bei 57 Firmen 1700 Lokomotiven und große Mengen Eisenbahnmateriale bestellt.

Umbenennung deutscher Automobilclubs.

RR Koblenz, 21. Aug. Der leitende Zollauschuß teilt mit, daß die deutschen Vereine „Kaiserlicher Automobilclub“ und „Deutscher Motorradfahrer-Vereinigung, a. B. Potsdam“ die Umbenennung ihrer Vereine in „Automobilclub für Deutschland“ und „Allgemeiner deutscher Automobilclub, e. B. München“ verändert haben. Von denjenigen Personen, die im Besitze von Mitgliedsarten der oben erwähnten Vereine sind, wird keine Sicherheitsleistung zur Begleichung der Zölle verlangt.

Kurze Nachrichten.

Von den Vierlingen, die, wie gemeldet, in Kulus (Dänemark) das Licht der Welt erblickten, sind drei gestorben. Die Mutter der Vierlinge, die 33 Jahre alt ist, hatte bisher 13 Kinder zur Welt gebracht. Die Familie lebt in den dürftigsten Verhältnissen.

In Budapest hat der 86jährige Multimillionär Haggemacher, der einer Schweizer Familie entstammt und zahlreiche Mühlen, Brauereien und Häuser in Ungarn besitzt, wegen schwerer Neurosen Selbstmord verübt. Eine große Ueberladung erlebte der Präsident der Vereinigten Staaten Harding. Der Vater des Präsidenten, einer der beliebtesten Ärzte in Marlon und Leiter einer Klinik, der sich in voller Rüstigkeit im sechsundfünfzigjährigen Lebensjahre befindet, hat sich mit der zweifundfünfzigjährigen Witwe verheiratet.

In diesem Sommer herrscht wie noch nie ein Andrang reisefähiger Engländer nach dem Festland. Alle zwischen England und französischen und belgischen Häfen verkehrenden Schiffe sind überfüllt. Die meisten Engländer verbringen ihre Ferien am Rhein.

Die Ehescheidungen sangen an, wieder langsam zuzunehmen. Seit 1915, wo ihre Zahl 10 560 betrug, waren sie bis 1919 auf fast 46 000 gestiegen. Das Jahr 1920 brachte einen kleinen Rückgang auf 43 414 Fälle. Gegenwärtig aber sind 59 530 Ehescheidungen anhängig.

Seit zwölf Tagen vermisste man in Paris einen gewissen Leo Brownst aus St. Raphael, der ein Millionär, gleichzeitig eifriger Anarchist war und seinem politischen Ziele große Summen widmete. Seine Leiche wurde jetzt in einem Brunnen eines seiner Landhäuser gefunden. Sein ganzes Vermögen fließte er der anarchischen Propaganda.

Durch einen schweren Gewittersturm wurde das Postflugzeug der Rumpelwerke in Augsburg, das von Leipzig über München nach Augsburg fliegen wollte, in der Nähe von Freising bei Würzburg zum Absturz gebracht. Das Flugzeug wurde zerfetzt. Der Pilot Emmerich aus Saarbrücken und die Passagiere, ein Ehepaar Roehr aus Leipzig, sind tot.

Der erste Schritt zur „Trodenslegung“ nach Argentinien ist getan worden. In der Kammer wurde ein Antrag gestellt, der verlangt, daß die Einfuhr von Rindern verboten werden soll. Des weiteren wird gefordert, daß auch die Fabrikation von Wollstoff und Brauntwein unterlagert wird.

In der Strafanstalt Stein bei Wien kam es zu einer Revolte der Häftlinge, in deren Verlauf ein Reichswehr-Bataillon mit der Waffe eingreifen mußte, wobei es vier Tote sowie eine Anzahl Schwerverwundete gab.

In Marokkomeich bei Bokamind an der thüringischen Grenze haben Steinbrucharbeiter, die dort ansässigen Betriebsmänner aus ihren Wohnungen gejagt und ihnen öffentlich aus Herz gelegt, keine Wucherpreise für Brotgetreide zu bezahlen, wenn sie sich vor Unannehmlichkeiten schützen wollen.

Von Nah und Fern.

.. Koblenz, 18. Aug. Für den Regierungsbezirk Koblenz ist der Schluß der Schonzeit für Rebhühner, Wachstern und schottische Moorhühner auf den 31. August, für Wild- und Haselwild sowie Fasanen auf den 15. September festgesetzt, es bleibt also bei den gesetzlichen Bestimmungen. Rebhühner sind auch ferner mit der Jagd gänzlich zu schonen. Die Schonzeit für Dachs bleibt aufgehoben.

.. Koblenz, 20. Aug. In der Zeit vom 23. bis 29. August wird die amerikanische Artillerie große Scharschießübungen östlich von Koblenz abhalten.

.. Hillesheim (Eifel), 20. Aug. In dem nahegelegenen Kerpen ist ein großes Marmorlager erschlossen, dessen Marmor bis feurig rotes Material zu den schönsten Marmorarten Deutschlands gehört. Durch die Gewerkschaft Salzgips in Kerpen ist der Abbau begonnen. Hierdurch ist dieser Gegend eine von vielen begrüßte günstige Arbeitsgelegenheit geboten.

.. Paderborn, 20. Aug. Die Stadtvorordneten haben die Einführung einer Fremdensteuer für die in den Gasthöfen übernachtenden Ostpreußen beschlossen. Sie beträgt bei einem Zimmerpreis von 3 bis 15 Mark 15 Prozent, bei einem Preis von mehr als 15 Mark 18 Prozent.

.. Trier, 21. Aug. Der im Bann Subienhell der Gemeinde Wintrich belegene Dachschieferbruch, der

nachweislich seit dem Jahre 1682 betrieben wurde, während des Krieges aber stillgelegt werden mußte, ist wieder in Betrieb genommen worden. Er soll jetzt bedeutend vergrößert werden.

.. Trier, 19. Aug. Schwer hereingefallen sind, so schreibt der Volksfreund, die Trierer, die mit einem Auto bei dem Müller Schneider in Bioner vorfahren, sich als Beauftragte der Befehlshaberbehörde ausgaben und nach Bassen lachten. Der ganze Aufzug hatte den Zweck, dem Müller eine Schikane zu spielen, dabei aber auch einen wirtschaftlichen Vorteil herauszuschlagen. Der Unterhändler ließ nämlich gleich durchblicken, daß gegen Zahlung einer bestimmten Summe eine milde Auffassung Platz greifen könnte. Die Müllerleute ließen sich nicht dazu herbei, das verlangte Vorgebot zu zahlen. Die Befehlshaber verließ die Mühle unverrichteter Dinge, um bald nachher wieder zurückzufahren und einen Saft Mehl ohne Bezahlung mitzunehmen. Als der Schwindel bald nachher herauskam, wurden sämtliche Teilnehmer in Untersuchungshaft genommen. Das französische Kriegsgericht verurteilte die Hauptschuldigen wegen Anmaßung eines Amtes mit vier Jahren Gefängnis, während die drei anderen mit je 2 Jahren davonkamen. Nachträglich hatten sich die vier Angeklagten noch wegen Mordbetrugs zu verantworten. Einer wurde mangels Beweises freigesprochen, die übrigen verurteilt je nach dem Grade der Beteiligung in Gefängnisstrafen von 2, 3 und 4 Monaten Gefängnis. Bei der Strafzumessung wurde Rücksicht darauf genommen, daß die Angeklagten wegen der gleichen Sache von einem anderen Gericht bereits in empfindliche Strafen genommen sind, andernfalls hätte hier ein höheres Strafmaß Platz greifen müssen.

.. Heidelberg, 20. Aug. Heute nacht wurde hier und in der ganzen Umgegend ein auffallend leuchtendes Meteor beobachtet. Es war von blaugrüner Farbe und zog sich von Nordwesten nach Südosten, wo es sich in viele leuchtende Verzweigungen zerplüßte. Auch auf der Königstuhl-Sternwarte wurde die gleiche Beobachtung gemacht.

.. Berlin, 20. Aug. Ein großes Feuer entbrach gestern vormittag auf dem Grundstück der Firma C. F. R. A. H. a. u. m. in Niedershof, die in der Kriegszeit bereits von einem verheerenden Explosionsunglück heimgekehrt wurde. Infolge einer Benzin-Explosion flog ein Lager-schuppen in die Luft, wobei größere Benzinmengen vernichtet wurden. Das Feuer ergriff noch weitere Schuppen, während die Hauptgebäude unbeschädigt blieben. Zahlreiche Feuerwehren der Nachbarschaft waren erschienen, um Löschhilfe zu leisten.

.. Leipzig, 19. Aug. Leipzig baut einen Riesennebelpalaß, der schon im Herbst nächsten Jahres neben dem neuen Rathaus „Union“ eröffnet werden soll. In sechs Geschossen bietet es gegen 6000 Quadratmeter Ausstellungsraum. Das Baukapital beträgt zwölf Millionen Mark. Ein großer Teil des Aktienkapitals ist bereits durch Aussteller gezeichnet worden.

Statt Karten.
Anna Schöneberg
Josef Josten
Verlobte.
Küdinghoven den 21. August 1921 Vinxel.

Statt Karten.
Hermann Paltzer
Notar und Rechtsanwalt
Maria Paltzer geb. Blase
Vermählte.
Wegberg den 23. August 1921 Breslau
z. St. Trier, Feldstr. 5.

Die Geburt ihres vierten Kindes, des zwölften
Sohnes
Mehren sich anzusehen
Professor Gerhartz und Frau.
Bonn, Pappeldorfer Allee 35, 20. August 1921.

Dr. Levy, Bonn
Kaiserplatz 19
Facharzt für Hals-, Nasen- u. Ohrenkrankheiten
verreist
bis Mitte September.

Praxisverlegung.
Ab Ende August verlege meine Praxis aus den Räumen des Herrn Merckens, Kaiser-Wilhelmring 7, 1., nach
Schaafenstrasse 50, Pt.
Dr. Priebe, Köln
Telefon angemeldet. Zahnarzt.
Bis Ende August keine Sprechstunde.

Ernst Herten
Dentist
verreist
bis 6. September.

Beuel.
Von der Reise zurück.
Dr. Weis.

Privatdozent
Dr. Junius
Augenarzt
Bonn, Marienstr. 24
Von der Reise zurück.

Mademiter
eineinhalb Stunden tägl. frei an
Christl. Arbeiter.
Köln, u. H. R. 300 an Gef.
Sunde-Kammer und Gef.
Rechenweg 1. 4

Heirats-Gesuch.

Ein treuer, sympathischer, 30 Jahre alt, netter Mann, 1,75 m hoch, mit einem hübschen Gesicht, ein gutes Einkommen, sucht eine nette, hübsche, 20 bis 25 Jahre alte, unverheiratete, bescheiden erzogene Frau zum Heiraten. Briefe an die Redaktion des General-Anzeigers in Koblenz.

Zw. spät. Heirat.
Ch. u. S. E. 90 an Exp. 2

Heirat
mit dem. farb. Mann, 30 Jahre alt, netter, hübscher, gut besoldeter Mann, sucht eine nette, hübsche, 20 bis 25 Jahre alte, unverheiratete, bescheiden erzogene Frau zum Heiraten. Briefe an die Redaktion des General-Anzeigers in Koblenz.

Frei ohne Liebe.

Roman von Erich Ebenfeld.

Er schaute rasch und heftig. Eine Weile schritt er stumm dahin. Dann ließ er hinter sich heraus: „Wie kommst Du auf diese Idee?“

„Dah sie selbst und tief unglücklich ist! Begreift Du denn nicht, Hans? Sie war ein Kind, als sie ihre Freiheit hingab.“

Heider glühte sich zum drittenmal seine Zigarette an, die stets ausging, weil er statt zu rauchen kesselnhaft vor sich hinlachte.

haltenen Grenzen abspielte, schien ihm so unerträglich, daß er nicht wußte, was er von all dem denken sollte.

Zivi's Kindernahrung. Ist das ideale Nähr- u. Kräftigungsmittel für Kinder vom 4. Lebensmonat ab.

Ebereschenebeeren. (Waldbeeren) lauft in jeder Menge. Dr. L. C. Marquart.

Stiefwaren! ein neues Kleid. oder eine schöne Bluse bei Verwendung der neuen Arti-Stoffarten.

Trumpf-Schokolade. Trumpf-Sahne-Schokolade, Haselnuß-Schmelz-Schokolade.

Freiwillige Versteigerung. Am Dienstag den 23. d. Mis., vorm. 10 Uhr beginnend.

Kunststopferei. Meine Spezialität ist kunstvolles Einweben od. Stopfen aller Kleidungsstücke.

Regen-Reisebekleidung. Damen und Herren wasserdicht. Uebergangsmäntel, Covercoat, Gabardin, Gummi-Mäntel.

Hub. Wouters. Telefon 1979.

Öffentliche Versteigerung. Am Mittwoch d. 24. August 1921, nachm. 4 Uhr.

Klappwagen. Eingetroffen. Bonn Puppenkönig, Neuenahr Kinderparadies.

Hand-Kordel. in allen Stärken. Liessem. Bonn Münsterstr. 28.

Winand Schmitz. Poststraße 7.

Hypnotismus. Suggestion, Telepathie, Willenskultur.

Schnellhefter, Briefordner. Vervielfältigungs-Apparate. Saugpost, Kopierrollen. Reinhold Liessem.

Korsetts. nach Maß elegant, bequem u. dauerhaft.

Eine Sensation. bietet mein jetziger Verkauf in.

Herren-Oberhemden. sowie Maß-Anfertigung mit doppelter Brust und Sport-Manschetten.

Gummi-Regenmäntel. für Damen und Herren. 300.- 325.- 345.- 360.- 400.- M.

Möbel! Billig! 23. Donnerstag 23. quater.

„Neuffer“ sowie andere erstklassige Schuhfabrikate sind zu Einführungspreisen in meinen Fenstern ausgestellt.

C. Hallerbach. Textilarbeiten. Groß- und Klein-Verkauf Mackenheimer Allee 3.

Lastauto. übernimmt Fahrten nach allen Richtungen zu bill. Preisen.

Gebrauchtes Schlafzimmer. Stuhl, Bett, Kleiderkasten, Badzimmerschrank.

Billig und gut! Verschumen Sie es nicht, meine Fenster zu beschäftigen; selbst wenn nicht direkter Bedarf vorliegt.

Rhein-Dampf-Plisseebrennerei. prompte schnelle Weberei.

Piano-Fabrik Rühlings. Neue Pianos. Gebrauchte Pianos. Spezial-Reparatur, Werkstätte.

Umzugshalber. ein großer weiß emaill. Herd (Kupferboden) preiswert zu verkaufen.

Max Schild. Nur Dreieck 1.

Rhein-Dampf-Plisseebrennerei. prompte schnelle Weberei.

